

Leseprobe aus:

Klaus Werner-Lobo Hans Weiss
Schwarzbuch Markenfirmen



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf
www.hanser-literaturverlage.de

© Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2014





Klaus Werner-Lobo / Hans Weiss

Schwarzbuch Markenfirmen

Die Welt im Griff der Konzerne

Deuticke

Alle Links, die im Buch unter *Weitere Infos* und in den *Anmerkungen* zitiert sind, finden sich auch auf der Homepage: <http://markenfirmen.com/links/firmenname>, also zum Beispiel: <http://markenfirmen.com/links/adidas>
Die Informationen dort werden ergänzt und aktualisiert.

1 2 3 4 5 18 17 16 15 14

ISBN 978-3-552-06259-7

Alle Rechte vorbehalten

© Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien 2014

Satz: Eva Kaltenbrunner-Dorfinger, Wien

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany



MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C014496

Inhalt

Vorwort	9
Die Welt der Konzerne	15
<i>Für ihre Profite beuten Weltkonzerne, Banken und bekannte Markenfirmen Menschen aus, zerstören die Umwelt und bringen unsere Demokratie in Gefahr.</i>	
Was tun? Was tun!	48
<i>Sind wir der neoliberalen Globalisierung und der Gier der Konzerne hilflos ausgeliefert? Nein: Jeder und jede kann etwas beitragen, um unsere Welt besser und solidarischer zu gestalten. Konsumverzicht reicht dafür nicht: Wir müssen aktiv werden – am besten gemeinsam und lustvoll.</i>	
Globale Konzerngesetzgebung	84
<i>Ein schleichender Umbau des Völkerrechts ermöglicht es den Konzernen, ganze Länder zu verklagen, und setzt sich damit über demokratische Gesetzgebungen hinweg. Die Folge: Milliardenentschädigungen fließen von den SteuerzahlerInnen direkt in die Konzernkassen.</i>	
Steuern zahlen – nein danke!	95
<i>Die Kleinen schröpfen wir, und die Großen küssen wir. Das ist der heimliche Wahlpruch der Politik – in allen Ländern, weltweit. Man sieht das vor allem an den Steuerleistungen multinationaler Konzerne: wenig, weniger oder gar nichts. In Mitteleuropa und vor allem in Deutschland und Österreich: fast nichts.</i>	

Lug und Trug bei Lebensmitteln 126

Die einen sterben an Hunger und die anderen an Überfluss. Beides spielt sich auf ein und derselben Erde, aber in verschiedenen Welten ab. Und für beides sind Nahrungsmittel- und Handelskonzerne mitverantwortlich.

Skrupellose Medikamentenversuche 154

Indien bietet Pharmakonzernen ideale Bedingungen für Medikamentenversuche: bettelarme Menschen ohne Krankenversicherung, eine korruptierte Medizin, profitorientierte Forschungsorganisationen, desinteressierte Ethikkommissionen, minimale Entschädigungszahlungen bei Todesfällen und hohe staatliche Förderungen. Eine Undercover-Recherche bei indischen Krebsärzten.

Moderne Sklaverei 173

Mode, Sportartikel, Spielzeug, Elektronik und vieles mehr werden heute zum Großteil in so genannten Billiglohnländern produziert – zu menschenunwürdigen Bedingungen und zu Preisen, von denen ArbeiterInnen kaum leben können. Die Folge hemmungslosen Kaufrauschs und schwindelerregender Konzernprofite ist das Elend derer, die unsere Konsumgüter herstellen.

Zerstörerische Energien 186

Die großen Energie- und Erdölkonzerne sind die Hauptverantwortlichen für einige der schlimmsten Katastrophen unserer Zeit. Sie diktieren die Politik zahlreicher Länder und blockieren dringend notwendige Entwicklungsschritte hin zu einer nachhaltigen und gerechten Zukunft.

Firmenporträts 205

Adidas	206	Kellogg's	256
Amazon	208	KiK	258
Apple	210	Lidl	260
AstraZeneca	212	Mars	262
Bayer	214	Mattel	264
Benetton	216	McDonald's	266
BP	218	Merck Sharp & Dohme	268
C&A	220	Microsoft	270
Chiquita	222	Mondelēz	272
Coca-Cola	224	Monsanto	274
Daimler	226	Nestlé	276
Danone	228	Nike	278
Deutsche Bank	230	Nintendo	280
Deutsche Telekom	232	Novartis	282
Disney	234	Pfizer	284
E.ON	236	Philip Morris	286
ExxonMobil	238	Roche	288
Facebook	240	Samsung	290
FIFA	242	Sanofi	292
Gap	244	Shell	294
General Motors	246	Starbucks	296
GlaxoSmithKline	248	Total	298
Google	250	Toyota	300
H&M	252	Unilever	302
Ikea	254	Zara	304

Anmerkungen 307

Anmerkungen Firmenporträts 317

Lektüreliste 334

Vorwort

Als im Jahr 2001 die erste Ausgabe des »Schwarzbuch Markenfirmen« erschien, konnten wir nicht ahnen, wie groß das Interesse an unseren Recherchen sein würde: Fast 200 000 verkaufte Exemplare im deutschen Sprachraum und insgesamt fünfzehn Übersetzungen (neben Bulgarisch, Chinesisch, Griechisch, Holländisch, Italienisch, Japanisch, Koreanisch, Polnisch, Rumänisch, Russisch, Schwedisch, Türkisch und Ungarisch wurde das Buch zweimal auf Spanisch übersetzt – in Lateinamerika und Spanien, wo es jeweils monatelang auf den Bestsellerlisten war) zeugen davon, dass immer mehr Menschen die Macht der Marken und Multis nicht einfach so hinnehmen, sondern sich über die Hintergründe globaler Ausbeutung und Profitgier auf Kosten von Mensch, Umwelt und Demokratie informieren möchten. Viele gehen noch weiter und haben unsere Recherchen zum Anlass genommen, ihr Leben zumindest in Teilbereichen zu ändern: bewusster zu konsumieren und aktiv an der gerechten Gestaltung unserer Gesellschaft und am Schutz der Lebensgrundlagen unseres Planeten mitzuwirken.

Das »Schwarzbuch Markenfirmen«, damals von Medien als »Bibel der Globalisierungskritik« bezeichnet, gehört mittlerweile auch in vielen Schulen zum fixen Lehrplan, was uns besonders freut: Denn wenn wir eine ganze Generation der mit Milliardenaufwand betriebenen Gehirnwäsche aus Konsumrausch und Markenwahn der Konzerne und ihrer Lobbys überlassen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die »Geiz ist geil«-Ideologie, brutales Konkurrenzdenken und Profitgier anstelle von Solidarität, Respekt und Mitgefühl gesellschaftsfähig werden.

In der Welt der Konzerne gelten diese Werte nämlich nichts. Um ihre Milliardengewinne zu steigern, profitieren fast alle großen und bekannten Marken von schlimmsten Formen der Ausbeutung bis hin zu Kinderarbeit und Sklaverei, von Waffenhandel,

Tierquälerei und Umweltzerstörung. Sie gefährden Lebensräume und ganze Volkswirtschaften – und die Zukunft unseres Planeten. Gleichzeitig investieren sie Milliarden in Werbung, Imagepflege und Kampagnen, die ihre »soziale Unternehmensverantwortung« unter Beweis stellen sollen. Die deutsche Wochenzeitschrift *Spiegel* schrieb damals: »Das Buch attackiert die Konzerne an ihrer empfindlichsten Stelle: ihrem Ruf.« Die Firmen wussten, dass unsere Vorwürfe stimmen – schließlich hat uns kein einziges Unternehmen verklagt. Bis heute nicht.

Heute, fast fünfzehn Jahre nach Erscheinen der Erstausgabe, wird es Zeit für eine vollständig neu geschriebene Fassung des »Schwarzbuch Markenfirmen«. Vieles hat sich seit damals geändert – und vieles, allzu vieles, ist leider gleich geblieben: Während wir zu Beginn des Jahrtausends wegen unserer Kritik von vielen Medien noch scheel angesehen wurden, ist spätestens seit der Finanzkrise 2009 die Kritik am globalisierten Raubtierkapitalismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Wenn wir zunächst selbst noch an die »Marktmacht der KonsumentInnen«¹ geglaubt haben, so müssen wir heute feststellen, dass es nicht ausreicht, »fair« und ökologisch einzukaufen, sondern dass es für eine Änderung der Verhältnisse politisches Engagement, demokratische Teilhabe und letztlich auch Widerstand gegen die Macht der Multis und ihre politischen Erfüllungsgehilfen in den Regierungen braucht.

Aber ist es nicht so, dass einige Markenfirmen aus den Vorwürfen gelernt haben und nun weniger skrupellos agieren? Ist nicht soziale Unternehmensverantwortung, die vielzitierte »Corporate Social Responsibility«, in aller Munde?

Im Großen und Ganzen kann man sagen: Die Konzerne haben ihre Strategien schlicht und einfach an die neuen Markterfordernisse angepasst – und dazu gehört unter anderem auch ein gestiegenes Bewusstsein für globale Zusammenhänge. Auf manche Vorwürfe trifft man heute seltener – allen voran auf Kinderarbeit im unmittelbaren Produktionsumfeld bekannter Unternehmen. Die

rangiert nämlich in der »Beliebtheitskala« von Konsumentinnen und Konsumenten ganz unten, und negative Schlagzeilen bringen schlechtes Image. Deshalb haben die meisten Multis heute mehr Kontrollen und Vorschriften für Lieferanten eingeführt – ohne diesen aber mehr zu bezahlen. Denn die Profite sollen ja gleich bleiben. Daher müssen lokale Produktionsstätten eben andere Möglichkeiten finden, um Multis billig beliefern zu können – womit sich die Formen der Ausbeutung lediglich verlagert haben. Manchmal einfach nur von einem Land ins andere, wo es noch keine so strengen Kontrollen gibt. Die Deregulierung der Weltwirtschaft, die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen sowie die Errichtung von Freihandelszonen ohne demokratische Kontrolle werden weiterhin ungebremst vorangetrieben.

Zur Beruhigung kritischer Konsumentinnen und Konsumenten führen einige Konzerne heute sogar eigene Gütesiegel, die angeblich fairen Handel belegen sollen. Wie wir in diesem Buch zeigen, lassen aber auch da soziale und ökologische Standards oft zu wünschen übrig. Und auch wenn einzelne Regionen heute ökonomisch besser dastehen als vor einigen Jahren, sind die Reichen dieser Welt um ein Vielfaches reicher geworden, während Armut, Hunger und Elend immer unerträglichere Ausmaße annehmen. Besonders stark betroffen sind Frauen: Oft ernähren sie die Familie fast allein, erhalten aber meist viel weniger Lohn als Männer. Siebzig Prozent der Armen auf der Welt sind weiblich. Alle Frauen gemeinsam beziehen nur ein Zehntel aller Einkommen und besitzen nur ein Hundertstel aller Vermögen.

Und noch etwas ist uns bei den Recherchen aufgefallen: Die Ausbeutung von Menschen durch Konzerne ist näher gerückt. Sie bahnt sich – nachdem sie sich in den letzten Jahrzehnten vorwiegend nach Asien, Afrika und Lateinamerika verlagert hat – wieder ihren Weg zurück in die Industrieländer. In den letzten Jahren wurden auch in Europa oder den USA immer mehr Fälle schwerwiegender Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen bekannt.

Die rasant steigende weltweite Vernetzung von Menschen hat

auch eine Beschleunigung globaler Informationsflüsse zur Folge, die dafür sorgt, dass wir heute wesentlich schneller von globalisierter Ausbeutung in Bangladesch, Sibirien oder El Salvador erfahren. Dennoch gibt es viele Missstände, die nur durch aufwändige Recherchen an die Öffentlichkeit gebracht werden. So musste sich Hans Weiss monatelang als korrupter Berater von Pharmakonzernen ausgeben, um nachweisen zu können, wie indische Brustkrebs-Patientinnen von der Medizin als »menschliche Versuchskaninchen« missbraucht werden sollten.

Was wir mit diesem Buch aber auch zeigen wollen: dass der Machtmissbrauch und die Machenschaften der Konzerne keine Einzelfälle sind, sondern System haben. Die neoliberale Globalisierung ist kein Naturgesetz, sondern wurde von Konzernlobbys und Regierungen in Gesetze gegossen, um die Profitinteressen Einzelner zu bedienen – zum Schaden aller. Deutlich wird das vor allem auch an der Tatsache, dass die von uns porträtierten Konzerne in manchen europäischen Ländern – etwa in Deutschland und Österreich – fast keine Gewinnsteuern bezahlen, obwohl sie auch hier hochprofitabel sind (siehe dazu Kapitel »Steuern zahlen – nein danke!«).

Die Auswahl der Konzerne, die wir am Ende dieses Buches porträtiert haben, bedeutet keineswegs, dass die in unserer Liste nicht genannten Unternehmen fairere oder respektvollere Handelsbeziehungen pflegen. Die fünfzig »Bösen«, die wir beschreiben, stellen beispielhaft einen Mix aus marktdominanten Firmen unterschiedlicher Konsumbereiche dar. Gemeinsam repräsentieren sie einen Umsatz von rund 2,9 Billionen Euro – das ist um einiges mehr als das gesamte Bruttoinlandsprodukt von Deutschland.

Einzelne hier porträtierte Marken zu meiden, löst noch keine Probleme. Nur gemeinsame, organisierte Aktionen und gesetzliche Regeln können die Multis zu Veränderungen zwingen. In vielen Fällen – etwa bei lebenswichtigen Medikamenten oder elektronischen Geräten – haben wir nicht einmal die Wahl von fair gehandelten Alternativen. Auch wir Autoren konsumieren mehr oder

weniger regelmäßig Produkte oder Dienstleistungen vieler der von uns porträtierten Unternehmen. Natürlich haben wir für unsere Recherchen auch Computer, Mobiltelefone und Google benutzt und betreiben auf facebook.com/markenfirmer eine eigene Seite, auf der wir regelmäßig über aktuelle Entwicklungen informieren. Denn es geht nicht primär ums »gute Gewissen« (das bekanntlich ein allzu sanftes Ruhekitzen ist), sondern darum, durch Information und gesellschaftliches Engagement zu einer Änderung gesetzlicher Rahmenbedingungen zum Schutz von Umwelt, Demokratie und Menschenrechten beizutragen. In einem eigenen Kapitel beschreibt Klaus Werner-Lobo, was jeder und jede Einzelne von uns konkret tun kann, um skrupellosen Konzernen zu Leibe zu rücken und gemeinsam mit anderen politische Veränderungen herbeizuführen.

Obwohl wir oft danach gefragt werden, wäre es unmöglich oder zumindest unseriös, ein »Weißbuch Markenfirmen« zu verfassen: Multinationale Konzerne profitieren von globaler Ungleichheit – das ist die Grundlage ihrer Existenz. Das Gegenmodell dazu heißt: kleinere, regional und ökologisch wirtschaftende Unternehmen, deren Geschäftsgrundlage nicht maximale Profite, sondern auch gute Beziehungen zu Beschäftigten, Umwelt, Nachbarschaft sowie Kundinnen und Kunden sind. Auf politischer Ebene hat das Gegenmodell zur Dominanz von Kapital und Konzernen einen altbekannten Namen: Demokratie. Für die gilt es zu kämpfen, denn: Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf.

Zu guter Letzt bedanken wir uns bei Bernhard Drumel, Christian Felber, Corinna Milborn und Thomas Seifert für ihre Buchbeiträge und ihr kritisches Feedback. Klaus Werner-Lobo bedankt sich bei Luisa Lobo und Nico Werner-Lobo sowie bei seinen Eltern für ihre Geduld und ihre Liebe.

Klaus Werner-Lobo und Hans Weiss
Wien, Juni 2014

Die Welt der Konzerne

Für ihre Profite beuten Weltkonzerne, Banken und bekannte Markenfirmen Menschen aus, zerstören die Umwelt und bringen unsere Demokratie in Gefahr. Klaus Werner-Lobo

Wer heute durch eine beliebige Einkaufsstraße in einer fast beliebigen westlichen Stadt oder in so gut wie allen Metropolen der Welt spaziert, könnte leicht vergessen, wo er oder sie sich gerade befindet: Fast überall leuchten einem – mit immer geringer werdenden regionalen Unterschieden – ähnliche Markenlogos entgegen, und sogar die Häuserfronten mit ihren großflächigen Schaufenstern scheinen sich einander immer mehr anzupassen. Nicht umsonst werden die großen Einkaufszentralen und Shoppingcenter »Konsumtempel« genannt: Der Akt des Einkaufens scheint zur sinnstiftenden Religion geworden zu sein, die Schnäppchenjagd verkehrt etwas, das früher einmal als Todsünde galt, in etwas Positives: »Geiz ist geil« will uns der ehemalige Werbespruch eines Handelskonzerns weismachen.

Doch was steckt hinter diesen Hochglanzfassaden? Wie »geil« ist dieser Geiz für jene, die die dort verkauften Produkte herstellen oder die Rohstoffe dafür liefern? Wer profitiert davon, und wer bezahlt für diese Profite? Und was bedeutet die Konzentration und Globalisierung von Markenmacht und Handelsströmen für uns selbst, für unsere regionalen Wirtschaftskreisläufe, unsere Arbeitsplätze und Sozialsysteme?

Fast alle Markenprodukte, mit denen wir im Alltag zu tun haben, werden von multinationalen Konzernen vermarktet. Hergestellt werden sie aber häufig von lokalen Unternehmen, die zwar rechtlich von den Multis unabhängig sind, aber meist in einem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zu ihnen stehen, da diese sowohl die Qualitätsstandards als auch die Abnahmemengen und

Preise diktieren. Bei den lokalen Lieferanten handelt es sich oft um kleinere Landwirtschaften (zum Beispiel in der Kakaoernte für Nestlé und Co.) oder Hinterhoffabriken, in denen etwa Kleidungsstücke für westliche Modekonzerne genäht werden. Oder auch um Riesenunternehmen wie die taiwanesishe Firma Foxconn mit ihren über 1,2 Millionen MitarbeiterInnen, die in China Elektronikteile unter anderem für Apple, Dell, Hewlett-Packard, Microsoft, Nintendo und Sony produzieren.

Zum Teil sind Marken- und Konzernnamen identisch – etwa bei Adidas, McDonald's oder Shell. Bei weiteren – wie beim iPhone von Apple – wissen die meisten, zu welcher Firma das Produkt gehört. Bei anderen Produkten wiederum stehen die Konzernnamen eher im Hintergrund, und man muss schon genauer hinschauen, um zum Beispiel zu wissen, dass etwa die Markenrechte an Lacoste-Parfüms, die Firma Gillette oder die Babymarke Pampers zu Procter & Gamble gehören, wie diese aus den USA stammende Grafik zeigt (in Europa gibt es teilweise andere Markenbezeichnungen, die wir in den Firmenporträts am Ende dieses Buches möglichst vollständig aufgelistet haben).

Wer hätte zum Beispiel gedacht, dass etwa die britische Kosmetikkette Body Shop, die damit wirbt, bei ihren Kosmetika auf Tierversuche zu verzichten, zum französischen L'Oréal-Konzern gehört, an dem der Schweizer Lebensmittelriese Nestlé maßgeblich beteiligt ist, der seit Jahrzehnten für unterschiedlichste Menschenrechtsverletzungen und von Tierschutzorganisationen auch für grausame Tierversuche kritisiert wurde?¹

Die weltweiten Konzernzusammenschlüsse und gegenseitigen Beteiligungen werden immer unübersichtlicher. Ende 2011 sorgte eine Studie der angesehenen Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich für Aufsehen, die die Konzernverflechtungen untereinander untersuchte: Ein Netzwerk von nur 147 Konzernen übe eine rund vierzigprozentige Kontrolle über 43 000 international tätige Unternehmen aus, so die Autoren. Mithilfe dieser Netz-

werke würden nur 1,7 Prozent der multinationalen Firmen achtzig Prozent der Umsätze weltweit kontrollieren.²

Weniger umstritten sind die Zahlen der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD). Nach ihren Angaben lag die Zahl der transnationalen Unternehmen Ende der 1960er Jahre bei etwa 10 000. Seit Mitte der achtziger Jahre stieg sie immer schneller an, bis sie mit dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise 2008 erstmals ins Stocken geriet. Gab es im Jahr 1990 noch 35 000 transnationale Unternehmen, stieg die Zahl im Jahr 2000 bereits auf 63 000 und erreichte 2008 ihren bisherigen Höchststand mit 82 000 transnationalen Firmen mit mehr als 800 000 Tochterunternehmen.³

Damit dominieren die Multis die weltweiten Handelsströme. Laut dem »Global Investment Report 2013« der UNCTAD wird die globale Wertschöpfungskette aus dem Handel mit Gütern und Dienstleistungen zu achtzig Prozent von transnationalen Unternehmen bestimmt.⁴ Und obwohl es infolge der Finanzkrise 2009 zu vereinzelt Einbrüchen kam, stiegen auch die Umsätze und Gewinne der meisten multinationalen Unternehmen an.

Das **Bruttoinlandsprodukt** (Abkürzung: BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung eines Landes. In Zahlen drückt es den Wert jener Waren und Dienstleistungen aus, welche die Bevölkerung eines Landes innerhalb eines Jahres verbraucht.

Der **Umsatz** oder Erlös eines Unternehmens umfasst die gesamte Geldsumme, die eine Firma innerhalb eines bestimmten Zeitraumes durch den Verkauf von Waren oder Dienstleistungen erwirbt. Der Umsatz ist nicht zu verwechseln mit dem Gewinn, der nach Abzug der Ausgaben übrig bleibt.

Die Wirtschaftskraft dieser Multis – und damit auch ihre politische Macht – übertrifft teilweise diejenige auch wirtschaftlich starker Länder, wie die folgende Tabelle zeigt, in der wir das Bruttoinlandsprodukt der reichsten Länder mit dem Umsatz der führenden Konzerne verglichen haben.⁵

	Land/Konzern	BIP/Umsatz (in Mrd. US\$)
1	USA	16 245
2	China	8227
3	Japan	5960
4	Deutschland	3428
5	Frankreich	2613
6	Großbritannien	2472
7	Brasilien	2253
8	Russische Föderation	2015
9	Italien	2015
10	Indien	1842
11	Kanada	1821
12	Australien	1532
13	Spanien	1323
14	Mexiko	1178
15	Korea, Rep.	1130
16	Indonesien	878
17	Türkei	789
18	Niederlande	771
19	Saudi-Arabien	711
20	Schweiz	631
21	Schweden	524
22	Iran	514
23	Norwegen	500
24	Polen	490
25	Belgien	483
26	Royal Dutch Shell	482
27	Argentinien	476

	Land/Konzern	BIP/Umsatz (in Mrd. US\$)
28	Wal-Mart Stores	469
29	ExxonMobil	450
30	Sinopec Group	428
31	China National Petroleum	409
32	Österreich	395
33	BP	388
34	Südafrika	384
35	Venezuela	381
36	Kolumbien	370
37	Thailand	366
38	Vereinigte Arabische Emirate	349
39	Dänemark	315
40	Malaysia	305
41	State Grid	298
42	Singapur	275
43	Chile	270
44	Toyota Motor	266
45	Hongkong, China	263
46	Ägypten	263
47	Nigeria	263
48	Israel	258
49	Philippinen	250
50	Griechenland	249
51	Volkswagen	248

Fortsetzung nächste Seite

	Land/Konzern	BIP/Umsatz (in Mrd. US\$)
52	Finnland	248
53	Total	234
54	Chevron	234
55	Pakistan	225
56	Glencore Xstrata	214
57	Portugal	212
58	Irland	211
59	Irak	210
60	Algerien	206
61	Peru	204
62	Kasachstan	204
63	Tschechische Republik	196
64	Rumänien	193
65	Japan Post Holdings	191
66	Samsung Electronics	179
67	Ukraine	176
68	Katar	171
69	E.ON	170
70	Phillips 66	170
71	ENI	168
72	Neuseeland	167
73	Berkshire Hathaway	163
74	Kuwait	161
75	Apple	157
76	Vietnam	156
77	AXA	155

	Land/Konzern	BIP/Umsatz (in Mrd. US\$)
78	Gazprom	154
79	General Motors	152
80	Daimler	147
81	General Electric	147
82	Petrobras	144
83	EXOR Group	142
84	Valero Energy	138
85	Ford Motor	134
86	Industrial & Commercial Bank of China	134
87	Hon Pai Precision Industry	132
88	Allianz	131
89	Nippon Telegraph & Telephone	129
90	ING Group	128
91	AT&T	127
92	Fannie Mae	127
93	Pemex	125
94	GDF Suez	125
95	Ungarn	125
96	PDVSA	125
97	Statoil	124
98	CVS Caremark	123
99	BNP Paribas	123
100	Bangladesch	116

Die Macht der Multis

Die Liste der umsatzstärksten Unternehmen weltweit – jährlich erhoben vom US-Wirtschaftsmagazin *Fortune* – wird von bekannten Markenfirmen angeführt. An der Spitze der britisch-niederländische Ölkonzern Shell, gefolgt von der US-amerikanischen Supermarktkette Walmart und der US-Ölfirma ExxonMobil. Bald dahinter folgen weitere bekannte Marken wie Toyota, Volkswagen, Apple, Daimler, Siemens, Nestlé, Sony usw.

Multinationale Konzerne spielen heute eine ähnliche Rolle wie früher einmal die Weltreiche der großen Kaiser- und Königshäuser. Ihre Macht und ihr Einfluss erstrecken sich über Kontinente, ihre Regeln schreiben sie sich selbst, sie sind kaum einer demokratischen Kontrolle unterworfen. Und sie betrachten Länder und die darin lebende Bevölkerung allzu häufig als Mittel, ihren Reichtum zu mehren. Wenn reiche Unternehmen aber auch in demokratischen Ländern mehr Macht und Einfluss haben als die Mehrheit der Bevölkerung, dann steht die Demokratie selbst auf dem Spiel.

Wie ist es so weit gekommen?

Um die konzerngesteuerte Globalisierung zu verstehen, hilft es, einen kurzen Blick in die Geschichte der Weltwirtschaft zu werfen.

Seit der Industrialisierung Europas im 18. Jahrhundert ist die kapitalistische Marktwirtschaft das bestimmende Wirtschaftssystem. Güter und Dienstleistungen werden nach Angebot und Nachfrage gehandelt. So kann jeder, der Geld hat, Güter kaufen oder jemanden bezahlen, der für ihn arbeitet und Güter produziert. Da die Güter weiterverkauft werden können, entsteht ein Kreislauf: Kapital bildet sich, mit dem wiederum Güter und Dienstleistungen produziert werden und so weiter.

Die BefürworterInnen kapitalistischer Marktwirtschaft sehen

darin ein funktionierendes System. Schließlich sei es jedem vorbehalten, etwas zu verkaufen und damit seinen Besitz zu vermehren. Bill Gates zum Beispiel hatte zu Beginn seiner Karriere lediglich eine tolle Idee, aber kaum Geld. Er gründete die Firma Microsoft, und diese wurde immer größer, weil viele das von ihm entwickelte Computer-Betriebssystem Windows kaufen wollten. Heute ist Bill Gates mit einem geschätzten Vermögen von 73 Milliarden US-Dollar der reichste Mensch der Welt. Das war 2013 ungefähr ein Tausendstel des Welt-Bruttoinlandsprodukts. Etwas abstrahiert könnte man sagen: Bill Gates besitzt so viel, wie ein Tausendstel der Menschheit, also rund sieben Millionen DurchschnittsbewohnerInnen der Erde, gemeinsam in einem Jahr verdienen.

Die Mehrheit der Menschen hat weniger Glück. Sie haben entweder keine ähnlich erfolgreiche Idee oder leben unter Bedingungen, die eine solche Karriere unmöglich machen. Wer reich geboren ist, hat gute Chancen, seinen Reichtum später zu vermehren, weil er oder sie Sicherheit, Bildung und Gesundheitsversorgung genießen konnte und möglicherweise sogar bereits Kapital geerbt hat, das sich im Kapitalismus durch Investitionen, vor allem aber durch Finanzspekulation vermehren lässt. Wer aber arm geboren ist und keinen Zugang zu guter Schulbildung hatte, wer womöglich selten oder nie genug zu essen hat und keine medizinische Grundversorgung, für den ist es aussichtslos, dem Elend ohne fremde Hilfe zu entfliehen.

Kritik am Kapitalismus

Ende des 19. Jahrhunderts begannen wegen dieser Ungerechtigkeit viele Menschen, den Kapitalismus zu kritisieren. Der Bekannteste unter ihnen war Karl Marx, der seine Kritik in Büchern wie »Das Kapital« und, gemeinsam mit Friedrich Engels, im »Kommunistischen Manifest« niedergeschrieben hat. Sie strebten eine klassenlose Gesellschaft an, in der alle Güter gerecht verteilt werden soll-

ten. Damals waren es vor allem die zahllosen ArbeiterInnen, die sich von der herrschenden Klasse der Reichen unterdrückt fühlten und gegen sie revoltierten.

Das war die Grundlage für die sozialistischen Revolutionen im 20. Jahrhundert, allen voran in Russland. Aus ihnen ging eine große Zahl sozialistischer Staaten hervor. Der Sozialismus wurde als Vorstufe des Kommunismus angesehen, der das Ideal der klassenlosen Gesellschaft darstellte, also einer Gesellschaft ohne Privateigentum und ohne soziale Unterschiede.

Doch die Realität in diesen Staaten – in erster Linie der Sowjetunion – war alles andere als gerecht. Nach der Revolution gelangten korrupte Politiker an die Macht, die ihre Völker unterdrückten und bespitzelten. Die Geschichte des realen Sozialismus der Sowjetrepubliken und der mit ihnen verbündeten Staaten ist daher eine Geschichte schlimmer Menschenrechtsverletzungen, die in Ländern wie China und Nordkorea bis heute andauert. Mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch des Realsozialismus ab dem Jahr 1989 hat sich die kapitalistische Marktwirtschaft als System weltweit durchgesetzt.

Gleichzeitig begann in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine neue Ära. Der technische Fortschritt durch Computer und neue Kommunikationstechnologien wie dem Internet, schnellere und billigere Transportmittel, aber auch der Abbau politischer Regulierungen im Welthandel (zum Beispiel von Zöllen) führten zu einer enormen Beschleunigung internationaler Verflechtungen vor allem im Bereich der Wirtschaft. Diesen Prozess nennt man Globalisierung.

Global Village

Das Internet hat die Welt zum »globalen Dorf« gemacht, in dem sich Menschen verschiedener Kontinente zum virtuellen Kaffeetratsch zusammenfinden können. Unser Alltag gleicht allerdings

eher einem »globalen Supermarkt«: Unsere Jeans werden aus indischer Baumwolle in China genäht und von einer US-Firma verkauft, unsere Handys zum Beispiel bei Foxconn in China aus Bauteilen zusammengebaut, deren Rohstoffe aus dem Kongo stammen und in Deutschland von der ehemaligen Bayer-Tochterfirma H. C. Starck verarbeitet wurden.

Übers Internet kann man mittlerweile sogar Leute buchen, die von Indien aus Schreibarbeiten erledigen, die Steuererklärung fürs deutsche Finanzamt vorbereiten oder den Gebrauchtwagen in einer Berliner Garage verkaufen. So haben bereits viele Firmen ihre telefonischen Kundenservices nach Indien ausgelagert – perfekt europäische Sprachen sprechende InderInnen arbeiten nämlich inzwischen oft günstiger, als wenn man jemanden in Europa beschäftigen würde.

Die Globalisierung schafft damit zwar Arbeitsplätze in Billiglohnländern – die allerdings bei uns verlorengehen. Gleichzeitig bedeutet das nach marktwirtschaftlichen Kriterien: Arbeit muss, egal wo auf der Welt, so billig wie möglich sein. Was in vielen demokratischen Staaten seit Beginn des Kapitalismus mühsam erkämpft wurde – also etwa Mindestlöhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, gewerkschaftliche Organisation –, wird dadurch häufig wertlos: Wenn's nicht billig genug ist, wird eben woanders investiert.

Der globale Standortwettbewerb bringt vor allem denen Vorteile, die ohnehin schon relativ reich sind. Ein kleiner Bauer kann seine Produkte beispielsweise nur auf lokalen Märkten verkaufen. Er ist davon abhängig, dass ihm dort Preise gezahlt werden, die ihm und seiner Familie das Überleben ermöglichen. Für einen großen Agrarkonzern ist dagegen die ganze Welt ein einziger Markt: Rohstoffe können dort eingekauft werden, wo sie gerade am billigsten sind, er kann sie dann woanders zu niedrigen Kosten weiterverarbeiten lassen und am Ende weltweit zum Verkauf anbieten.

Wenn etwa bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in den Fabriken von Adidas im bayerischen Herzogenaurach Schuhe

produziert wurden, musste die Firma deutsche Sozial- und Umweltstandards respektieren. Tausende Menschen fanden dort eine Arbeit, mit der sie ihre Familien ernähren konnten. Heute werden die Sneakers mit den drei Streifen von ArbeiterInnen in China oder Indonesien genäht, die dafür zum Teil nicht einmal fünfzig Cent pro Paar erhalten.

Wem hat die Globalisierung in diesem Beispiel also etwas gebracht? Der indonesischen Arbeiterin, die von ihrem Monatslohn – siehe auch das Kapitel »Moderne Sklaverei« – kaum leben, geschweige denn eine Familie ernähren kann? Den Menschen, die ihren Job in Herzogenaurach verloren haben? Der Umwelt, die durch die Massentransporte dieser Produkte um den halben Erdball belastet wird? Westlichen KonsumentInnen, die für einen Adidas-Schuh locker hundert Euro hinlegen, von denen der weitaus überwiegende Teil nicht in die Herstellungskosten, sondern in Marketing und Konzernprofite fließt? Oder möglicherweise nur dem Konzern und seinen EigentümerInnen, der diese Profite auf Kosten von uns allen erwirtschaftet?

Wie aber sieht die Macht der Konzerne aus? Sehen wir uns einmal die Liste der hundert größten Unternehmen der Welt an⁶: Im Jahr 2013 hatte davon je ein knappes Drittel seinen Sitz in den USA oder in Europa, gefolgt von der Industriemacht Japan und – das ist eine relativ junge Entwicklung – den staatlichen Konzernen der aufstrebenden Weltmacht China. Diese Länder beziehungsweise die Europäische Union sind auch die größten Wirtschaftsmächte der Welt.

Konzernmacht in den USA

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind, gemessen an ihrem Bruttoinlandsprodukt, das reichste Land der Erde. Trotzdem lebt rund ein Sechstel der US-Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Viele hausen in Slums, haben keinen Zugang zu guten Schulen

oder zu modernen Krankenhäusern. Der Gini-Index, der die soziale Ungleichheit misst, liegt in den USA sogar höher als in manchen Entwicklungsländern.⁷ Innerhalb der 34 Industrieländer der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) verzeichnen nur Mexiko, Chile und die Türkei eine höhere Differenz zwischen Arm und Reich als die Vereinigten Staaten.⁸

Die reichen US-BürgerInnen führen dagegen ein Leben in Saus und Braus – auf Kosten des Weltklimas: 25 Prozent, also ein Viertel, der weltweiten Treibhausgase stammen aus den USA, dabei macht ihr Anteil an der Weltbevölkerung gerade einmal vier Prozent aus.

Der Grund für die Armut in den Vereinigten Staaten liegt in der extrem ungerechten Verteilung des Reichtums. Denn immerhin sind die USA die Heimat der meisten Milliardäre und Multimillionäre der Welt. Hinzu kommt, dass die größten Konzerne der Erde dort ihren Sitz haben. Auch wenn die Demokraten unter Barack Obama im Vergleich zu den Republikanern etwas mehr auf sozialen Ausgleich setzen, werden die Interessen der reichen Minderheit und der Konzerne nach wie vor durch niedrige Steuern, Deregulierungsmaßnahmen und Freihandelsabkommen geschützt. Auch die Außen- und Sicherheitspolitik dient wesentlich mehr den Großkonzernen (zum Beispiel der Waffenindustrie) als dem Schutz demokratischer Werte. Knapp 700 Milliarden Dollar gaben die USA etwa im Jahr 2012 für Rüstung aus.

Das hat viele Gründe. Um in Amerika Wahlen zu gewinnen, braucht man viel Geld: Fast sechs Milliarden Dollar kostete der Präsidentschaftswahlkampf 2012. Da dieses Geld zu einem großen Teil von Konzernen und Vermögenden kommt, bleiben Regierungen ihren Financiers in der Pflicht: Wer zahlt, schafft an.⁹ Zum Beispiel wenn es darum geht, wirksame Klimaschutzmaßnahmen zu verhindern, die die Konzerngewinne schmälern könnten. Neben US-Ölkonzernen wie ExxonMobil geben auch deutsche Unternehmen Millionenbeträge für das Anti-Klimaschutz-Lobbying in den USA aus: Laut europäischem Klimaschutzdachverband CAN haben die

Chemieriesen Bayer und BASF sowie der Stromriese E.ON im Kongresswahlkampf 2010 Geld an Kandidaten gespendet. Etwa achtzig Prozent des Geldes sollen an Kandidaten geflossen sein, die die Ursachen des Klimawandels leugnen oder wirkungsvolle Klimagesetze blockieren. Die Konzerne bestritten die Vorwürfe.¹⁰

Außerdem finanzieren Konzerne pseudowissenschaftliche Studien und ganze Universitäten, um damit die öffentliche Meinung zu manipulieren. So haben von 2003 bis 2010 insgesamt 140 Stiftungen 558 Millionen Dollar an 91 konservative Institute verteilt, die gegen den Einfluss des Staates etwa beim Umweltschutz kämpfen. Nach Recherchen der *Washington Post* hat ein verschachteltes System aus Organisationen allein im Wahlkampf 2012 über 400 Millionen Dollar für rechte und neoliberale Propaganda ausgegeben, um Stimmung gegen Themen wie Klimaschutz oder Gesundheitsreform zu machen.¹¹

Dazu kommt, dass alle großen Medien selbst im Eigentum von Konzernen stehen. NBC Universal, Google, die Walt Disney Company, News Corp. Viacom und Time Warner dominieren den Kommunikationsmarkt und machen Milliarden Gewinne mit Werbung – vor allem für Konzerne und Markenfirmen. Tiefer gehende Kritik am System des neoliberalen Kapitalismus oder an den Mächtigkeiten einzelner Konzerne ist in den Medien dieser Konzerne dann eher die Ausnahme (wie die Suchmaschine Google Informationen manipuliert, finden Sie in den Firmenporträts).

Für die herrschende Politik bedeutet das: Wer sich gegen Konzerninteressen stellt, bleibt nicht lange an der Macht. Oder hat im Regelfall gar keine Chance, dorthin zu kommen.

Europa der Konzerne

Mit dem Fall der Berliner Mauer hat sich auch in ganz Europa die kapitalistische Marktwirtschaft durchgesetzt. In vielen Ländern gilt aber immer noch das Sozialstaatsprinzip, das in Deutschland

sogar im Grundgesetz (Artikel 20) verankert ist: »Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.« Mithilfe von Sozialleistungen und Investitionen in öffentliche Infrastruktur, Schulen, Universitäten, Gesundheitssysteme, Kultur u. a. schafft der Staat einen gewissen sozialen Ausgleich und konnte so in vielen Ländern Mittel- und Westeuropas jahrzehntelang relativ erfolgreich Armut bekämpfen. In den letzten Jahren wurden diese Errungenschaften von neoliberalen Regierungen immer mehr einem angeblichen Sparzwang preisgegeben. Die Europäische Union verordnet ihren Mitgliedsländern eine so genannte Austeritätspolitik: Um die Schuldenquote zu senken, werden öffentliche Ausgaben und Dienstleistungen eingeschränkt oder privatisiert. Diese Sparpolitik betrifft aber meist nicht jene Bereiche, die ohnehin privilegiert sind – wenn wir etwa an Bankenrettungspakete oder Subventionen an die Agrarindustrie denken –, sondern zum Beispiel Investitionen in Bildung, Gesundheit, Armutsbekämpfung, Kultur, also in unsere Zukunft. Maßgebliche ExpertInnen sind sich daher einig, dass Austerität volkswirtschaftlich schädlich ist.¹²

Außerdem ist Europa in den letzten Jahren tendenziell immer reicher geworden: Das Bruttoinlandsprodukt der EU und der meisten ihrer Mitgliedsländer stieg in den letzten Jahren stetig – mit einem kurzen Einbruch im Jahr 2009 infolge der Finanzkrise. Allerdings waren es auch in Europa Wohlhabende und Konzerne, die ihren Reichtum trotz oder sogar mit der Krise vermehrt haben, während auch hier immer mehr Menschen von Armut bedroht sind und ins Elend rutschen.

Die multinationalen Konzerne sind häufig an der Börse notierte Unternehmen, an denen Menschen oder Institutionen (zum Beispiel andere Konzerne, Banken oder Investmentfonds) Anteile in Form von Aktien besitzen. Man bezeichnet diese Eigentümer als Shareholder. Ein Konzern soll seinen Shareholdern in möglichst kurzer Zeit möglichst hohe Gewinne beschern, weil diese sonst Aktien anderer Unternehmen kaufen. Anders als kleinere, lokale

Firmen haben die Multis aufgrund ihrer Größe die Möglichkeit, die Regierungen einzelner Staaten unter Druck zu setzen. Sie drohen zum Beispiel damit, mit ihren Investitionen in Länder mit niedrigeren Steuern, Löhnen und Umweltstandards abzuwandern. Auch KapitalbesitzerInnen lagern immer häufiger ihr Vermögen auf anonymen Konten in so genannten Steueroasen, also in Ländern wie Lichtenstein oder den Bahamas-Inseln, die keine oder nur sehr niedrige Steuern einheben.

Aus Angst vor diesem Szenario senken Regierungen Sozial- und Umweltstandards und haben die Steuern auf Vermögen und Gewinne so weit herabgesetzt, dass gerade die Reichen fast nichts mehr zur Finanzierung des Staates und der Sozialsysteme beitragen. Laut OECD beträgt der Anteil vermögensbezogener Steuern in Deutschland lediglich 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, der Durchschnitt der Industrieländer liegt bei 1,6 Prozent.¹³

Außerdem schaffen große Konzerne im Vergleich zu kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) viel weniger Jobs. Während KMU ihre Gewinne häufig in die Firma reinvestieren und lokal mit hohem Arbeitsaufwand und höheren arbeitsrechtlichen Standards produzieren, werden in Großunternehmen auf jede nur erdenkliche Art Arbeitsplätze wegrationalisiert, um möglichst hohe Renditen, also schnelle Profite abliefern zu können.¹⁴

Deshalb sollten wir auch aufhören, verallgemeinernd von »der Wirtschaft« zu sprechen. Das Wort kommt von »Werte schaffen«, etwas, das regional arbeitende, kleinere Unternehmen in diesem Sinne auch häufig tun, weil sie nicht nur Einkommen und Arbeitsplätze generieren, sondern weil UnternehmerInnen hier auch häufiger aus eigenem Interesse auf so genannte Stakeholderinteressen Rücksicht nehmen: Die unmittelbare Umwelt zu verschmutzen oder Angestellte, NachbarInnen und KonsumentInnen schlecht zu behandeln, mit denen man täglich zu tun hat, fällt schnell auf einen selbst zurück. Für Konzerne und Aktiengesellschaften zählt das alles nichts: Ihre einzige Aufgabe ist es, sehr kurzfristig rentable Quartalsergebnisse, also schnelle Profite im Vierteljahresrhyth-

mus zu erzielen und damit die Shareholder reicher zu machen. Die wiederum kriegen im Normalfall die für ihre Profitinteressen zerstörten Lebensräume oder ausgebeuteten Menschen niemals zu Gesicht.

Dafür ist ihr Reichtum in den letzten Jahrzehnten, ungeachtet der Weltwirtschaftskrise, rasant gestiegen. Der »Global Wealth Report 2013« zeigt zum Beispiel, dass sich vor allem jene über einen kräftigen Zuwachs freuen konnten, die ihr Geld in Aktien angelegt haben: Die Börsenkurse legten deutlich zu, das in Wertpapieren investierte Vermögen wuchs innerhalb eines Jahres um durchschnittlich 10,4 Prozent.¹⁵ 2013 kam eine Million Menschen neu zu jenen hinzu, die über ein anlagefähiges Vermögen von über einer Million US-Dollar verfügen.¹⁶

Nie gab es zum Beispiel in Deutschland mehr Milliardäre als heute. Die einhundert Reichsten besaßen 2013 zusammen 336 Milliarden Euro, so das *Manager Magazin*. Das ist mehr als die Gesamtausgaben des deutschen Bundeshaushalts (2013: 310 Milliarden Euro).¹⁷ Zum Vergleich: Für die steigende Zahl der etwas über drei Millionen arbeitslosen »Hartz-IV«-EmpfängerInnen gab der Staat rund 32 Milliarden aus.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird auch in Deutschland immer größer: Die Armutsquote stieg von 2006 bis 2012 von 14 auf 15,2 Prozent, stellte das im Mai 2014 veröffentlichte Jahresgutachten des Paritätischen Verbandes fest. Außerdem stieg auch die Zahl der privaten SchuldnerInnen. Jede/r zehnte Erwachsene gelte mittlerweile als überschuldet und habe im Schnitt mehr als 30 000 Euro Schulden. Gleichzeitig gab es noch nie so viel privates Vermögen wie jetzt: insgesamt 7,4 Billionen Euro, davon sind 5,1 Billionen Grund- und Immobilienbesitz.

»Noch nie war im vereinigten Deutschland die Spanne zwischen Arm und Reich größer«, so der Verbandsvorsitzende Rolf Rosenbrock. Es habe noch nie so viele Erwerbstätige gegeben, aber auch noch nie mehr Mini-Jobs, unterbezahlte Teilzeitbeschäftigung und befristete Arbeitsverhältnisse. Die Qualität des Arbeitsmarktes

habe in den vergangenen Jahren rapide abgenommen, »gute Arbeit« werde immer seltener.¹⁸

Insgesamt zählte das *Manager Magazin* 135 Milliardenvermögen – mehr als je zuvor. Die reichsten Deutschen kamen aus den Familien der Aldi-Gründer Karl und Theo Albrecht: Platz eins belegte der mittlerweile verstorbene Karl Albrecht mit einem Vermögen von 17,8 Milliarden Euro. Der zurückgezogen lebende Milliardär sei damit der am längsten amtierende Reichste eines Landes auf der Welt gewesen, gefolgt von der Familie seines 2010 verstorbenen Bruders Theo Albrecht mit einem Vermögen von sechzehn Milliarden Euro. Ebenfalls mit einer Discountkette reich geworden ist die Nummer drei der Milliardärsliste: Dieter Schwarz, Gründer von Lidl und Kaufland, verfügte laut *Manager Magazin* über ein Vermögen von dreizehn Milliarden Euro – eine Milliarde mehr als noch im Jahr zuvor.¹⁹

Wie aber sieht der Einfluss der Konzerne und KapitalbesitzerInnen auf die europäische Politik konkret aus?

Der Einfluss der Wirtschaftslobbys

Großunternehmen und ihre EigentümerInnen haben mächtige Interessenvertretungen, in Deutschland zum Beispiel den Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), in Österreich die Wirtschaftskammer oder die Industriellenvereinigung, in der Schweiz die *economiesuisse*. Diese versuchen, direkten Einfluss auf die Regierungen zu nehmen oder mithilfe von Medien auf die öffentliche Meinungsbildung einzuwirken. Man nennt das Lobbyismus.

Lobbyismus ist nichts grundsätzlich Schlechtes: Alle gesellschaftlichen Gruppen, auch ArbeitnehmerInnen, die in Gewerkschaften organisiert sind, Umweltvereine, Menschenrechtsorganisationen oder VertreterInnen von Minderheiten, betreiben Lobbyismus, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Allerdings haben die Interessenvertretungen der Wirtschaftseliten wegen

ihrer finanziellen Macht sehr viel mehr Möglichkeiten, Druck auf PolitikerInnen oder Medien auszuüben. Der langjährige Lobbyist Daniel Guéguen warnt, dass »in Zukunft immer schärfere Lobbystrategien« angewendet würden, die »vermutlich Praktiken wie Manipulation, Destabilisierung und Desinformation beinhalten«.²⁰

Ein Großteil der wirtschaftspolitisch relevanten Entscheidungen in Europa wird heute in Brüssel getroffen. Dort sind zurzeit etwa 20 000 LobbyistInnen tätig. Besonders effektiv lobbyieren Tabakunternehmen, Energiekonzerne, Pharma- und Chemieunternehmen, Rüstungskonzerne, Lebensmittelhersteller und Autohersteller, schreibt die *Süddeutsche Zeitung*.²¹ Und Banken: Einer Statistik des EU-Parlaments zufolge versuchen 700 Finanz-Lobbyisten die europäische Gesetzgebung mit einem jährlichen Budget von 350 Millionen Euro zu beeinflussen. Kein Wunder: Nach der Finanzkrise gerieten zahlreiche Großbanken ins Strudeln. Und ausgerechnet diejenigen, die immer dem Freien Markt das Wort geredet hatten und staatliche Einflussnahme für ein Übel hielten, wollten nun mithilfe staatlicher Bankenrettungspakete vor dem Konkurs bewahrt bleiben. Nach dem Motto »too big to fail« werden so wir SteuerzahlerInnen gezwungen, die gescheiterten Spekulationsgeschäfte von Großbanken in Milliardenhöhe nachträglich zu finanzieren – während sich die Spekulanten und EigentümerInnen mit fetten Gewinnen aus dem Staub machen.

Ein anderes Beispiel für Lobbyismus ist das Verhalten von Ölkonzernen wie ExxonMobil, aber auch von deutschen Automobilherstellern wie BMW, Daimler und Porsche, die durch aggressives Lobbying zu verhindern versuchen, dass die EU verbindliche Maßnahmen zum Klimaschutz durch CO₂-Reduzierung ergreift. Manchmal zeigen sich Konzerne auch von der »großzügigen« Seite: So wurden der litauischen Ratspräsidentschaft für die Dauer von sechs Monaten kostenlos 180 BMW-Autos zur Verfügung gestellt. Zufällig hatte diese darüber zu entscheiden, ob ein strittiges Gesetz zur CO₂-Reduktion im EU-Ministerrat aufgerufen wird.²²

Neben der EU-Kommission und dem EU-Rat, die so gut wie kei-

ner demokratischen Kontrolle unterliegen, dafür aber so gut wie alle relevanten Entscheidungen treffen, ist auch vielen Abgeordneten des EU-Parlaments die Mitarbeit von Interessenvertretungen willkommen, da ihr Arbeitspensum hoch ist und über eine Vielzahl von Gesetzestexten entschieden werden muss. So ist eine große Zahl von EU-Gesetzen fast wortwörtlich von dem abgeschrieben, was die VertreterInnen der Konzerne in ihren Wunschlisten an die PolitikerInnen formuliert haben.

Besonders mächtig sei die Lobby der europäischen Lebensmittelindustrie, schreibt der *Spiegel*²³: Mit 274 000 Unternehmen, einem Jahresumsatz von mehr als 950 Milliarden Euro und mehr als vier Millionen Beschäftigten ist sie einer der wichtigsten Arbeitgeber in Europa. Weil die Gesetzgebung im Lebensmittelsektor schon lange in Brüssel gemacht wird, ist die Branche seit Jahrzehnten vor Ort und gilt als besonders gut vernetzt. Und versucht dort zum Beispiel – etwa im Auftrag des Gentechnik-Riesen Monsanto – die Zulassung gentechnisch veränderter Nahrungsmittel durchzusetzen – gegen den Willen einer überwiegenden Mehrheit der europäischen Bevölkerung.